

Am 21. März ~~(X)~~ BZÖ

STEIRER, die sich was trauen!

Das Wahlprogramm des steirischen BZÖ
zur Gemeinderatswahl am 21. März 2010

Der neue Weg!



www.bzoe-steiermark.at

**Zwei, die
sich was
trauen!**



Josef Bucher  **Gerald Grosz**

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger!**

Ja, es ist mutig, **mit Anstand und Charakter** für die Interessen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger einzustehen und die Herausforderungen für die Zukunft unserer Gemeinden anzunehmen. Wir als reformdemokratische Kraft im steirischen BZÖ wollen dies am 21. März tun!

Als Bewegung der „sauberen Hände“ stehen wir für einen neuen „politischen Frühling“ in Ihrer Gemeinde. Unser Bündnis mit Ihnen ist Vertrag und Arbeitsauftrag für die kommenden fünf Jahre. Denn, Gemeindepolitik ist gelebter idealistischer Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern! Aufbruch statt Stillstand, Fortschritt statt Streit muss die klare Devise für die kommenden fünf Jahre sein.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam das Ziel erreichen, dass wieder das Land und die Gemeinde vor der Partei gesehen wird, das Können vor der Protektion geht und letztlich der Mensch vor dem Funktionär wieder an Bedeutung gewinnt!

Unterstützen Sie uns und die Kandidatinnen und Kandidaten Ihrer Gemeinde mit Ihrer Stimme für das BZÖ am 21. März 2010 und gehen Sie mit uns ein Stück gemeinsamen Weges.

Herzlich

Gerald Grosz
Bündnisobmann des steirischen BZÖ

Josef Bucher
Bündnis- und Klubobmann des BZÖ

Unser Bündnis mit Ihrer Gemeinde – Der neue Weg, mit Anstand und Charakter!

RUNTER MIT DEN GEBÜHREN!

Strom-, Wasser-, Müll-, Kanalgebühren. Alles steigt ins Unermessliche. Für die Misswirtschaft im Gemeindehaushalt und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Gemeindebudget sollen die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Abgaben büßen. Wir sagen dazu nein! Wir stehen für einen amtlichen Gebühren- und Abgabestopp. Die Gemeinde hat zuerst im eigenen Verwaltungsbereich zu sparen, bevor die Bürgerinnen und Bürger weiter belastet werden!

► Macht braucht Kontrolle

Demokratie braucht Ausgleich und Macht braucht Kontrolle. Gerade jetzt, wo sich SPÖ und ÖVP in alter Manier das Land aufteilen! Das BZÖ ist die einzige unbestechliche und bürgernahe Kontrollkraft in der Gemeinde und somit Hüter über das Steuergeld der Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger. Im Sinne von Sparsamkeit, Effizienz und Transparenz bekämpfen wir Machtmissbrauch, Postenschacher und Parteibuchwirtschaft.

► Wahlversprechen einklagen

Politiker, die im Wahlkampf das Rote, Blaue und Schwarze vom Himmel versprechen und nach der Wahl nicht halten, sollten im Rahmen des Zivilrechtes auch geklagt werden können. Es ist eine langjährige reformdemokratische Forderung des BZÖ, diese Möglichkeit sowohl auf Gemeinde-, wie auch auf Landes- und Bundesebene zu schaffen. Das stärkt das Vertrauen der Menschen in die Politik und beendet die Politikverdrossenheit.



► Saubere Hände – sauberes Gemeindebudget

Trieben, Fohnsdorf, Hartberg oder Gosdorf sind nur die Spitze eines Eisbergs der Misswirtschaft in den steirischen Gemeinden. Die Gemeindeaufsicht des Landes hat versagt, das Steuergeld der Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger versickert in dunklen Kanälen. Um den Missbrauch und die Verschwendung zu unterbinden, wollen wir daher dem Bundesrechnungshof mehr Kompetenz einräumen. In Zukunft soll der Bundesrechnungshof sämtliche steirischen Gemeinden ab einer Größe von 10.000 Einwohnern selbstständig prüfen können. Für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern soll der Landesrechnungshof eine uneingeschränkte Prüfkompetenz erhalten, ohne dass ihn die Landesregierung oder der Landtag dazu erst ermächtigen oder beauftragen müssen. Das verhindert diese Skandale und sichert das hart erarbeitete Steuergeld. Auch ein Ausgliederungsverbot von gemeindeeigenen Unternehmen ist ein Gebot der Stunde, da die Ausgliederungen von Rot, Schwarz und Blau nur zur Verschiebung der Schulden missbraucht wurden.

STOPP DER STEUERGELD- VERNICHTUNG!

Dienstreisen, Dienstautos, Repräsentationskosten für Buffets und Veranstaltungen, Inseratenkosten etc. – diese Geldvernichtung auf Kosten der steuerzahlenden Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger muss ein Ende haben. Wir als BZÖ stehen für eine Abschaffung dieser unnötigen Kosten. Das Steuergeld ist für sinnvollere Ausgaben beispielsweise für die Stützung der Klein- und Mittelbetriebe oder gerade im angespannten Sozialbereich zu verwenden.



SICHERHEIT FÜR DIE GEMEINDEN

Die Kriminalitätsstatistiken sprechen eine deutliche Sprache: Es herrscht Handlungsbedarf! Der Kampf gegen die explodierende Kriminalität und die alarmierende Zunahme von Eigentumsdelikten, Autodiebstählen sowie Haus- und Wohnungseinbrüchen kann nicht mit geschönten Kriminalstatistiken gewonnen werden. Neue Formen der Kriminalität treffen nun auch unsere ländlichen Gemeinden, der Personalstand unserer Exekutive ist hingegen seit Jahren gleich niedrig geblieben. Daher fordern wir die Aufstockung der Exekutive um 1.000 zusätzliche Planstellen.

► **Ausbau der ärztlichen Versorgung!**

In unseren Bezirken und Gemeinden gibt es zu wenig Fachärzte. Den Patientinnen und Patienten bleibt nur die Möglichkeit, die kostenintensiven Ambulanzen der bestehenden Krankenhäuser aufzusuchen. Die ärztliche Versorgung durch praktische Ärzte und Fachärzte darf nicht durch ein politisch unsauberes Vergabesystem der Gebietskrankenkasse gehemmt werden, denn nur durch den Ausbau der niedergelassenen Versorgung erreichen wir die Entlastung der kostenintensiven steirischen Spitäler. Aus diesem Grund wollen wir die flächendeckende Versorgung von niedergelassenen Ärzten bzw. Fachärzten innerhalb der Steiermark umsetzen.

► **Gemeindewohnungen fair verteilen**

Gemeindewohnungen werden nach wie vor nach parteipolitischen Kriterien statt nach der tatsächlichen Bedürftigkeit vergeben. Wer eine Gemeindewohnung haben will, muss ein rotes oder schwarzes Parteibuch vorweisen können! Damit muss Schluss sein! Gemeindewohnungen sind nach einem strengen Punktekatalog und nach dem tatsächlichen Bedarf auch jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu geben, die sie auch brauchen.

► **Gemeinden stützen – Finanzausgleich JETZT**

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind für unsere Gemeinde verheerend. Die Sozialausgaben verdoppeln sich, die Gemeindeeinnahmen sinken. Die Finanzierung im Sozialbereich und der Erhalt der Infrastruktur wie Straßen, Schulen oder Kindergärten stehen auf dem Spiel. Auf der anderen Seite verschleudern Rot/Schwarz und Blau mit dem Bankenpaket unfassbare 100 Milliarden Euro an Steuergeld, um jene Banken zu unterstützen, deren miese Spekulationsgeschäfte die Hauptursacher der Wirtschaftskrise sind. Wir sagen NEIN. Das Bankenpaket ist umgehend zu stoppen, das verbliebene Steuergeld für einen vorgezogenen Finanzausgleich zu investieren. Damit sichern wir die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger!

► **Gegen die Kriminalität – ein neuer Grenzschutz**

Die Grenzen sind offen, der Kriminalitätstourismus aus dem Osten fegt über unser Land, Rot und Schwarz legen die Hände in den Schoß und Blau schreit. All das hilft unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern wenig bis gar nicht, die Haushalte sind nach wie vor ungeschützt gegenüber den Einbrechern. Um diesen Kriminalitätstourismus zu verhindern, wollen wir eine lückenlose Kontrolle unserer Grenzen wieder einführen. Keine Zäune, keine Mauern, sondern schlichtweg Kontrolle durch eine neue Bundesgrenzschutzeinheit – bestehend aus Einheiten der Polizei und des Bundesheeres – soll die Überprüfung der steirischen Grenzen zu Slowenien und den über das Burgenland führenden Grenzraum zu Ungarn endlich wieder sicher stellen.

DER ORTSKERN: ZENTRUM DER GEMEINDE

Das Ortszentrum ist nicht nur Visitenkarte einer Gemeinde, sondern vor allem der Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen eine weitere Abwanderung von Klein- und Mittelbetrieben an die Peripherien unserer Gemeinden und die damit verbundene Schwächung der Hauptplätze und des Zentrums verhindern. Durch Investitionen in den Ortskern, durch Sanierung des Ortsbildes, Förderungen der Klein- und Mittelbetriebe, der Stützung günstiger Mieten im Zentrum für Nahversorger und das Handwerk sollen die Zentren unserer steirischen Gemeinden wieder aufblühen.



POLITIKER MIT ANSTAND UND CHARAKTER

Die Affäre rund um den steirischen SPÖ-Abgeordneten Faul hat eines gezeigt: Der politische Postenschaacher, Privilegien und ungerechtfertigte Doppel- und Dreifachgagen sind für Politiker nach wie vor möglich! Der neue Weg für eine saubere Politik in der Steiermark ist die gänzliche Offenlegung sämtlicher Nebentätigkeiten, Nebenbezüge und Beteiligungen von Politikern. Egal ob Bürgermeister, Gemeindevorstandsmitglied, Stadtrat, Nationalrat oder Landtagsabgeordneter, sämtliche Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten sind gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern offenzulegen. Die Daten der jeweiligen Organe sollen auch transparent im Internet veröffentlicht werden.

► Gastrecht nur für jene, die sich wie Gäste benehmen

Wer als Asylwerber zu uns kommt, der hat sich auch wie ein Gast zu benehmen. Wer das nicht kann, hat sein Gastrecht verwirkt! Laut Kriminalstatistik des Innenministeriums ist mehr als die Hälfte aller Asylwerber kriminell auffällig. Aus diesem Grund fordern wir schon aus sicherheits- und integrationspolitischen Gründen die konsequente und sofortige Abschiebung von kriminellen Asylwerbern und ausländischen Straftätern. Diese Maßnahme stärkt auch die Position der vor Jahrzehnten eingewanderten, anständigen und fleißigen Neo-Österreicher. Ziel unserer reformdemokratischen Bündnispolitik ist es, „die Spreu vom Weizen zu trennen“.

► Verbot der Bettelei – wir dulden keinen Menschenhandel

Unzählige steirische Gemeinden und Städte sind seit Jahren von organisierter Bettlerkriminalität betroffen. Selbst das Innenministerium bestätigt, dass die organisierte Bettelei in Österreich in direktem Zusammenhang mit dem Menschenhandel steht. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, UNICEF, hat in seinem Bericht aus dem Jahr 2007 festgestellt, dass die organisierte Bettlerkriminalität einer der Hauptgründe für einen bestehenden Menschen- und Kinderhandel in Österreich ist. Wir dulden keinen Menschenhandel! Wir treten für ein allgemeines Bettelverbot in der Steiermark ein, um diese moderne Form der Sklaverei endgültig zu unterbinden.



Am 21. März ~~BZÖ~~

► Der Pflegeschek – unser Modell für die Steiermark

Soziale Leistungen im Rahmen der Familie haben unerschätzbaren menschlichen Wert, mehr als 80 Prozent der pflegebedürftigen Steirerinnen und Steirer werden innerhalb ihrer Familie betreut. Die Familie ermöglicht somit ihren älteren Mitgliedern einen Lebensabend in Würde, denn es ist der vorrangige Wunsch der Menschen, in ihrer gewohnten Umgebung alt und von ihren Angehörigen gepflegt zu werden. Um diese würdevolle Pflege auch in Zukunft zu ermöglichen, fordern wir die flächendeckende Umsetzung des im oststeirischen Bezirk Fürstenfeld erfolgreich erprobten BZÖ-Modells des Pflegeschek. Der zum Pflegegeld zusätzlich ausgegebene Pflegeschek soll es möglich machen, Dienstleistungen im Pflegebereich anzukaufen, und damit die eigenen Angehörigen und Pflegenden temporär zu entlasten. Der Pflegeschek soll einmal jährlich an alle Pflegegeldbezieher ab der Pflegestufe 3 ausgegeben werden und ist ein Gutschein in der Höhe von 1.200 Euro.

KEINE GEHALTS- ERHÖHUNG FÜR POLITIKER

In Zeiten, in denen sich immer weniger Menschen das tägliche Leben leisten können, die wirtschaftlichen Umstände die Einkommen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern minimieren und der Generationenvertrag aus den Fugen gerät, ist es ein glatter Hohn, dass die Gehälter der politischen Mandatäre nach dem Politikerbezügegesetz jährlich angehoben werden. Wir wollen daher auch für Kommunalpolitiker klare Spielregeln schaffen, damit Gehaltserhöhungen für Politiker dauerhaft ausgesetzt werden können.





► Ein Kindergarten- und Schulstartgeld für unsere Gemeinde

Gerade Basis-Bildung hat für uns finanziell und politisch oberste Priorität, damit unsere Schüler, Lehrlinge und Studenten später im weltweiten Wettbewerb und Arbeitsmarkt bestehen können. Der Schulbeginn kostet den Eltern unserer Gemeinde jährlich Unsummen. Ein neuer Weg für eine sozial gerechte Steiermark ist unser Modell eines Kindergarten- und Schulstartgeldes, welches wir in der obersteirischen Gemeinde Aich, Bezirk Liezen, bereits erfolgreich eingeführt haben. Hier hat der Gemeinderat nach einem Antrag von BZÖ-Mandataren einstimmig beschlossen, dass mit 1. Jänner 2008 die Gemeindebürger ein Schulstartgeld sowie ein jährliches Kindergartengeld von je 75 Euro erhalten. Dieser Betrag wird vom BZÖ vor Ort pro Jahr auf 150 Euro verdoppelt. Wir wollen den Eltern und Kindern beim Schulbeginn auch in unserer Gemeinde helfen. Dieses erfolgreiche Projekt soll daher steiermarkweit eingeführt werden!

► Vereine sind die Stütze unserer Gemeinde

Viele Aufgaben innerhalb unserer Gemeinde werden von ehrenamtlichen Vereinen getätigt, welche die Basis unseres guten Zusammenlebens darstellen. Das sind Aufgaben zu denen das Land oder die Gemeinde selbst finanziell nicht einmal in der Lage wäre. Die Tätigkeit unserer Vereine, die um „Gottes Lohn“ für die Gesellschaft tätig sind, wird oftmals nur durch Spenden ermöglicht. Rot und Schwarz hat im Vergleich dazu die Absetzbarkeit von Spenden nur für bestimmte Organisationen geöffnet. Damit wurde selbst in der Ehrenamtlichkeit eine Zwei-Klassen-Gesellschaft geschaffen. Spenden an unsere Vereine in der Gemeinde sind von der steuerlichen Vergünstigung ausgenommen, ebenso Vereine die das kulturelle Erbe unseres Landes schützen, regional organisierte Umweltorganisationen, Sportvereine und Brauchtumsorganisationen. Wir wollen das ändern: In Zukunft sollen alle Verein – auch regionale – einen Zugang zum Spendengütesiegel erhalten und dieses soll auch die Grundvoraussetzung für die Absetzbarkeit von Spenden sein.

► Stiftungsverbot für Parteien

Das Exempel der steirischen SPÖ hat hohe Wellen geschlagen: Eine Partei wie die SPÖ, die selbst an den Steuergesetzen des Landes im Nationalrat mitwirkt, hat ihr Parteivermögen „steuerschonend“ in einer „gemeinnützigen“ Stiftung angelegt und sich somit über die Steuerverpflichtung jedes normalen Staatsbürgers gestellt. Der Eindruck, „die Parteien richten es sich, wie sie wollen“, wurde durch den Stiftungsskandal von Franz Voves und Peter Schachner-Blazicek leider unter Beweis gestellt! Wir wollen daher ein Stiftungsverbot für Parteien im Zuge einer Änderung des Stiftungsrechts sowie die Feststellung, dass die Verfolgung politischer Zwecke finanzrechtlich generell nie gemeinnützig sein kann. Weiters fordern wir eine lückenlose Überprüfung sämtlicher Stiftungen in Österreich auf ihre Gemeinnützigkeit!

SCHLUSS MIT DEM KINDER-GARTEN-CHAOS

In der Steiermark muss gelten: Jedes Kind ist uns gleich viel wert! Bei der Kinderbetreuung herrscht jedoch Chaos in unseren Gemeinden. In einigen Gemeinden gibt es Gratis-Kindergärten, in anderen Städten fehlen Kinderbetreuungsplätze, in einer anderen Gemeinde stehen Kindergärten wiederum leer. Wir wollen daher ein einheitliches Kinderbetreuungsgesetz für Kinderbetreuungseinrichtungen. Dieses neue Gesetz soll die unterschiedlichen Richtlinien vereinheitlichen, Qualitätsstandards sicherstellen, einheitliche Richtlinien für Öffnungszeiten berücksichtigen, Gruppengrößen festlegen sowie einen Schlüssel für erforderliches Personal festschreiben. Zudem sind mit diesem Gesetz auch der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen – vor allem Kinderkrippenplätze – in der Steiermark zu beheben sowie für Tagesmütter bundeseinheitliche Regelungen, wie eine umfassende und einheitliche sozialrechtliche Absicherung, einheitliche Qualitätsstandards und Ausbildungskriterien, zu schaffen.



NEIN ZUR ENERGIEPOLITIK DER STEINZEIT

Projekte wie die Wiederinbetriebnahme des Kraftwerkes ÖDK im Bezirk Voitsberg katapultieren unsere Energiegewinnung in die Steinzeit. Durch die Verbrennung von einer Million Tonnen Steinkohle werden jährlich ca. 2,5 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt. Dieses Kohlekraftwerk ist nachweislich gesundheitsschädlich, nicht zeitgemäß und selbst der Anteil an den beschäftigten Mitarbeitern kann die Gefährdung der Umwelt und der Menschen in diesem Bezirk nicht wettmachen. Ziel unserer Bündnispolitik ist es, solche Kraftwerke in der Steiermark zu schließen und stattdessen Arbeitsplatzinitiativen im Biomasse-Bereich der Region aufzubauen und energieautarke steirische Regionen zu schaffen!

► Thermische Sanierung unserer Haushalte

Die thermische Sanierung der Ein- und Mehrfamilienhäuser ist nicht nur ein Jobmotor, sondern bringt unseren steirischen Haushalten und schlussendlich der Umwelt eine nachhaltige Entlastung. Eine Bauoffensive in diesem Bereich stärkt die regionalen Betriebe, sichert und schafft Arbeitsplätze. Wir wollen daher, dass die Gemeinden mittels zinsloser Kreditformen, diese Sanierung im Sinne der Energieeffizienz unterstützen. Eine von uns vorgeschlagene Förderungsoffensive für erneuerbare Energien sollte in Zukunft in jedem Fall zwei Prozent des jährlichen Gemeindebudgets ausmachen. Dies soll nur der Beginn einer Energieoffensive für die Steiermark sein, als weiteren Schritt verlangen wir endlich Transparenz bei den Stromrechnungen.

► Effektive Feinstaubbekämpfung

Die Feinstaubproblematik in den Bezirkshauptstädten und Gemeinden nahe unserer steirischen Ballungszentren ist eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen für die nächsten Jahre. Die Feinstaubbelastung wird zu 36,8 Prozent durch die Industrie, zu 22 Prozent durch die Haushalte, zu 21 Prozent durch Landwirtschaft und nur zu neun Prozent durch den Autoverkehr verursacht. Wir stehen daher für sinnvolle Fördermaßnahmen, die auf das Verursacherprinzip Rücksicht nehmen, und fordern daher umfassende und weitreichende Fördermaßnahmen für Haushalte beim Umstieg auf alternative Heizformen. Die Industrie muss zum Einbau modernster Filtersysteme verpflichtet werden.

► Erhalt unserer natürlichen Flussläufe

Um unsere Heimat und ihre Flüsse auch in Zukunft für nachkommende Generationen zu erhalten, ist dem Talausbau unserer Flüsse eine klare Absage zu erteilen. Ziel unserer Bündnispolitik ist es, die steirischen Flüsse in ihrer ursprünglichen Form zu schützen. Wir bekennen uns zur sauberen Energie der Wasserkraft, die aber keinesfalls dazu führen darf, unsere Fließgewässer zu einer einzigen Staukette verkommen zu lassen, wo keine natürliche Vermehrung unserer heimischen Fischarten mehr möglich ist. Unsere künftigen Generationen haben ein Anrecht darauf, reine und natürliche Flüsse und Bäche zu erleben, daher darf unsere natürliche Flusslandschaft nicht der Profitgier einer in internationalen Bündnissen agierenden „Energiegewinner-Strommafia“ geopfert werden. Wir sagen „Ja“ zum Ausbau von Wasserkraftwerken, doch nur in jenen Bereichen, wo die natürliche und ursprüngliche Flusslandschaft durch bereits in der Vergangenheit getroffene Maßnahmen ohnedies nachhaltig zerstört wurde.

HELFEN WIR UNSEREN BAUERN

Nach den Skandalen um Analogkäse und Schummelschinken stellen wir die Frage nach dem Nutzen solcher „technischer“ Grundnahrungsmittel für die steirischen Konsumentinnen und Konsumenten und sind der Überzeugung, dass sie auf unseren Tischen nichts verloren haben. Daher fordern wir ein generelles Verbot für „technische Grundnahrungsmittel“ dieser Art in der Steiermark, und wollen stattdessen eine Initiative, die wieder heimische und vor allem steirische Grundnahrungsmittel von unseren Landwirten und Erzeugern auf die Tische der Steirer bringt.



Am 21. März ~~X~~ BZÖ





► **Wir entlasten Klein- und mittelständische Unternehmen**

Die Politik hat die Aufgabe, dann in die Wirtschaft positiv einzugreifen, wenn die Betriebe einer globalisierten Entwicklung ausgeliefert scheinen. Unser Weg für eine starke steirische klein- und mittelständische Wirtschaft ist eine Politikreform, die unsere Unternehmer entlastet und ihnen hilft, wiederum ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen. Der wirtschaftspolitische Weg des steirischen BZÖ ist daher eine Befreiung vom Kammerzwang und eine Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe, die Schaffung von finanziellen Ressourcen für den Aufbau der Betriebe und eine Absenkung der Steuersätze – aufbauend auf der von Dr. Jörg Haider für unser Bündnis entwickelten „Flat Tax“ bzw. „Fair Tax“. Die Kaufkraftstärkung durch die Reduktion der indirekten Steuern und Abgaben fördert das Wirtschaftswachstum und schafft somit Arbeitsplätze. Eine deutliche Senkung der Steuer- und Abgabenquote ist ein wichtiger Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Steiermark.

► **Der Tourismus als Chance für unsere Region**

Die Schönheit der steirischen Landschaft, die Vielfalt unserer Natur und die Beschaffenheit unseres Landes sind die Basis für einen erfolgreichen Tourismus. Die Tourismuswirtschaft lebt aber nicht vom Land allein, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dieser wichtigsten Dienstleistungs- und Wachstumsbranche der Steiermark müssen verbessert, die klein- und mittelständischen touristischen Unternehmen von der überbordenden Bürokratie entlastet werden. Ziel ist es, in der Steiermark wieder einen Event-Tourismus zu etablieren, der sämtliche Monate des Kalenderjahres zur sogenannten „Hauptsaison“ macht. Internationale Veranstaltungen im Sport- und Showbereich sollen Tages- und Wochentouristen in die Steiermark einladen. In den Regionen der Steiermark sollen terminlich abgestimmte Brauchtums- und Volkskulturwochen unter dem Motto der jeweiligen regionalen Besonderheit als Großveranstaltungen organisiert werden.



AUFTRÄGE AN KMU AUCH DURCH ÖFFENTL. HAND

Regionale Klein- und Mittelbetriebe sollen in Zukunft auch durch Aufträge der Gemeinde profitieren. Bisher verhindern ineffiziente Vergabegesetze meistens die Auftragsleistung durch eine Kommune im regionalen Bereich an einen heimischen Betrieb. Wir wollen durch ein neues, leistungsfähiges, transparentes und unbürokratisches Vergaberecht erreichen, dass die öffentlichen Institutionen im regionalen Bereich die Vergabe auf heimische Unternehmen ausrichten können. Damit stärkt man die heimische Wirtschaft, hebt die Abgabeneistung der Gemeinde, verhindert eine Abwanderung und sichert den Konsum in der eigenen Region.



► **Bauoffensive zur Beseitigung von Barrieren**
Menschen mit Behinderung müssen alle öffentlichen Gebäude unabhängig von fremder Hilfe nutzen können. Das Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet die öffentliche Hand zur Beseitigung sämtlicher Barrieren im öffentlichen Raum. Leider sind diese Vorgaben nach wie vor nicht umgesetzt. Das BZÖ fordert daher eine Bauoffensive der Gemeinde zur Beseitigung sämtlicher Barrieren im öffentlichen Raum. Sei es der Straßenbau, sei es die Adaptierung von Kindergärten, Schulen oder öffentlichen Gebäuden – diese Bauoffensive ist nicht nur ein längst notwendiger und selbstverständlicher Schritt in Richtung einer gerechten Gesellschaft, sondern auch eine nachhaltige Investition in unsere heimische Bauwirtschaft. Eine Änderung des Vergaberechts soll vor allem steirische Unternehmen und im Speziellen die Unternehmen unserer Region zum Zug kommen lassen, in dem es ausländische Drittfirmen ausschließt.

► **Öffnung der Landestankstellen**
Unsere Autofahrerinnen und Autofahrer wurden von der Politik der Bundes- und der steirischen Landesregierung zu „Melkkühen“ erklärt. Mit Zustimmung der verantwortlichen Politik, holen sich Treibstoffkonzerne als moderne Raubritter gemeinsam mit dem wegela-gernden Finanzminister das Geld unserer Autofahrer. Der verstorbene Landeshauptmann Dr. Jörg Haider hat seine Landestankstellen erstmals in Österreich geöffnet und zum Einstandspreis gekauften Diesel an seine Landsleute mit geringen Zuschlägen billig weitergege- ben. Das bedeutet: fünf Euro pro Tankfüllung sparen! Im Jahr 2006 hat der steirische Landtag auf Druck des BZÖ mit Mehrheit beschlossen, diesem Modell zu folgen und die 31 steirischen Landestankstellen für die Steirerin- nen und Steirer zu öffnen. Bis heute verweigert die Landesregierung die Umsetzung dieses Beschlusses. Das steirische BZÖ will sämtliche Tankstellen in Landes- und Bundesbesitz für die Bevölkerung öffnen!

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: BZÖ – Bündnis Zukunft Steiermark, Jungferngasse 1, 8010 Graz. www.bzoe-steiermark.at.
Grafik: Thomas Dolina, Fotos: iStockphoto

Rücksendekarte

Ich mache mit, ich unterstütze den neuen Weg für die Steiermark und werde Mitglied des BZÖ

Vorname	Adresse	
Nachname	Postleitzahl, Ort	E-Mail-Adresse
Geburtsdatum	Geschlecht M <input type="radio"/> W <input type="radio"/>	Datum und Unterschrift
Telefonnummer		

Ja, ich will auch beim Landtagswahl- kampf helfen, bitte schickt mir Informationen!



Am 21. März **X** BZÖ

**Ein Steirer, der
sich was traut!**

Gerald Grosz  Der neue Weg!



An das BZÖ
Bündnis Zukunft Steiermark
z. Hd. Bündnisobmann
Gerald Grosz

Jungferngasse 1
8010 Graz

Am 21. März ~~Ö~~ BZÖ

Der neue Weg!



www.bzoe-steiermark.at